

Emiil

Einfach miteinander leben

Auf dem Weg zum
inklusiven Arbeitgeber

Katastrophenschutz
muss alle mitdenken

Berlin-Wahlen 2026:
Teilhabe sichern!



Liebe Leserin, lieber Leser,



inklusive Arbeit und Ausbildung gehören seit Langem zu meinen Herzensthemen. Umso mehr freue ich mich, für diese Ausgabe des EMIL das Vorwort übernehmen zu dürfen. Wenn ich den Lebenshilfe Campus besuche, ist es mir immer eine besondere Freude, den Mitarbeitenden zu begegnen, die in unserer Titelstory vorgestellt werden. Schon jetzt sehen wir, welche beeindruckenden Entwicklungen Mitarbeitende mit Beeinträchtigungen in kurzer Zeit gemacht haben.

Die Lebenshilfe Berlin hat sich auf den Weg zu einem inklusiven Arbeitgeber gemacht. Dieser Weg ist ein intensiver Lernprozess – nicht immer einfach, aber lohnend für alle. Mit dem weiteren Ausbau des Campus entstehen zudem weitere inklusive Arbeitsplätze. Als frühere Senatorin und langjährige Abgeordnete bringe ich viel Erfahrung aus der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit. Dieses Wissen fließt in meine Vorstandsarbeit für den Landesverband Lebenshilfe Berlin ein. Auch mit Blick auf das Wahljahr 2026 ist das besonders wichtig.

Vertreter:innen aus Politik und Wirtschaft stellen den Sozialstaat zunehmend infrage, und immer mehr Menschen stimmen dem leider zu. Die Kosten in der Eingliederungshilfe und Pflege sollen nicht nur gedeckelt, sondern sogar gesenkt werden. Gleichzeitig fällt die Bilanz der aktuellen Legislaturperiode im Berliner Abgeordnetenhaus im Bereich Inklusion leider dürftig aus. Lesen Sie dazu auch den Beitrag von Wencke Pohle auf Seite 13.

Unsere Arbeit als Landesverband wird sich in diesem Jahr stark auf die anstehenden Wahlen konzentrieren. Vorstand und Geschäftsführung entwickeln gemeinsam mit Wencke Pohle, unserer Referentin für Sozialpolitik, klare Forderungen an die Politik. Darüber informieren wir Sie regelmäßig in unserer neuen EMIL-Rubrik „Wahlen“.

Möchten Sie mich persönlich kennenlernen? Dann kommen Sie am Welt-Down-Syndrom-Tag auf den Campus und feiern Sie mit uns. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen.

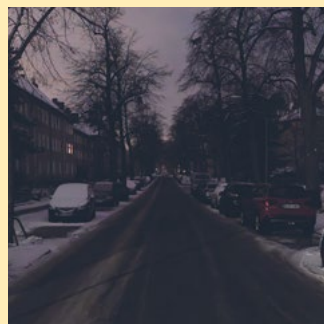
Im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen grüße ich Sie herzlich

Elke Breitenbach

Ihre Elke Breitenbach

**„Alle wollen,
dass ich bleibe.“**

Seite 4



**Inklusiver
Katastrophenschutz**

Seite 11

Welt-Down-Syndrom-Tag: NIPT und Verantwortung

Der Welt-Down-Syndrom-Tag erinnert daran, dass Menschen mit Trisomie 21 Teil unserer Gesellschaft sind – und dass Entscheidungen rund um Schwangerschaft und Pränataldiagnostik verantwortungsvoll, informiert und frei von Druck getroffen werden müssen. Seit Juli 2022 wird der nicht-invasive Pränataltest (NIPT) unter bestimmten Voraussetzungen von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Ein Ziel war, belastende invasive Untersuchungen wie Fruchtwasseruntersuchungen zu reduzieren.

Aktuelle Studienergebnisse der BARMER zeigen jedoch: Die Nutzung des NIPT ist deutlich gestiegen – 2024 nahm fast jede zweite Schwangere den Test in Anspruch. Gleichzeitig sind invasive Untersuchungen nicht zurückgegangen. Zudem kommt es häufiger als erwartet zu falsch positiven Ergebnissen, die werdende Eltern stark verunsichern. Umgekehrt verzichten manche Schwangere nach einem unauffälligen NIPT auf weitere wichtige Vorsorgeuntersuchungen.

Vor diesem Hintergrund haben Abgeordnete am 28.1.2026 im Deutschen Bundestag einen interfraktionellen Antrag eingebracht. Sie fordern ein umfassendes Monitoring der Auswirkungen der NIPT-Kassenzulassung sowie die Einsetzung eines interdisziplinären Gremiums. Es soll die medizinischen, rechtlichen und ethischen Folgen vorgeburtlicher Tests ohne therapeutische Option prüfen und Empfehlungen für eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung geben.

Pränataldiagnostik darf nicht zu gesellschaftlicher Ausgrenzung führen! Menschen mit Down-Syndrom haben ein Recht auf Sichtbarkeit, Wertschätzung und ein selbstbestimmtes Leben – heute und in Zukunft.

Ivonne Kanter

TITEL

- 4 „Alle wollen, dass ich bleibe.“
- 7 Einfach erklärt

HANDVERLESEN

- 8 Unsere Tipps für Sie

NACHGEFRAGT

- 9 Auf dem Weg zum inklusiven Arbeitgeber

POLITIK & RECHT

- 10 Inklusive Arbeit
- 11 Inklusiver Katastrophenschutz

VORGESTELLT

- 12 Herzlich willkommen
Nadine Ehrentraut

WAHLEN

- 13 Bilanz – was hat die Politik tatsächlich umgesetzt

BERLIN LIVE

- 14 Termine / Impressum

SELBSTVERTRETUNG

- 15 Aktion T4 – Gedenken an die Mordopfer des Nationalsozialismus

Berlin-Wahl 2026 Seite 13



Besuch der Gedenkstätte in Brandenburg an der Havel Seite 15

„Alle wollen, dass ich bleibe.“

Eugen, Diana, Christiane und Jo-Anna arbeiten auf dem Campus Lebenshilfe Berlin – auf betriebsintegrierten Arbeitsplätzen und im ersten Arbeitsmarkt. Ihre Geschichten zeigen: Inklusion funktioniert.

Der Mann mit der besten Handschrift

Wenn Eugen Kandulski morgens um 7.30 Uhr die Poststelle auf dem Campus betritt, freut er sich auf seine Arbeit und seine Kolleginnen. Sobald die Post kommt, ist sein erster Griff der zum Eingangsstempel. „Erst stempeln, dann sortieren“, sagt er konzentriert. Jeder Brief geht durch seine Hände. Über 80 Postfächer befüllt er täglich, Einschreiben legt er Mandy Kalka oder Eva Trinkwitz vor, seinen Kolleginnen und betrieblichen Anleiterinnen.

Eugen ist 34 Jahre alt. Er hat die Stephanus-Schule in Weißensee mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ besucht und später in der Nordberliner Werkgemeinschaft (nbw) den Berufsbildungsbereich absolviert. Mehrere Jahre arbeitete er in der Holzbearbeitung. Doch sein Wunsch war ein anderer: ein ausgelagerter Arbeitsplatz, näher am allgemeinen Arbeitsmarkt.

Vier Praktika hat er gemacht, bevor er im Juli 2025 für zwei Wochen in die Poststelle der Lebenshilfe Berlin kam. „Ein ausgelagerter Arbeitsplatz war mein größter Wunsch“, erzählt er. Sein Rechtlicher Betreuer sei zunächst überrascht gewesen, habe ihn dann aber unterstützt. Seit September 2025 arbeitet Eugen nun fest auf dem Campus – von 7.30 bis 14.30 Uhr, freitags etwas früher.

Auf seinem Schreibtisch liegen Briefe auf farblich markierten Feldern. Das System hat er gemeinsam mit seinen Anleiterinnen und seiner Job Coachin entwickelt. Es zeigt ihm, welche Post er öffnen darf – Datenschutz ist wichtig. Was er nicht eindeutig zuordnen kann, legt er Mandy und Eva vor. „Eugen, erklär uns das mal mit deinen eigenen Worten“, sagen sie oft. Er bringt eigene Ideen ein.

Während unseres Gesprächs klingelt es. Ein Paketbote steht in der Tür. Eugen quittiert den Empfang und informiert per E-Mail die Empfänger:innen. Wenn Zeit ist, bringt er Pakete persönlich vorbei. Auch die Frankiermaschine bedient er inzwischen sicher. Zur Inventur prüft er Druckerpapier und Büromaterial, notiert, was fehlt. Stolz zeigt er beschriftete Ordner: „Ich bin der Mann mit der besten Handschrift.“

Eine Stunde fährt er täglich aus dem Betreuten Einzelwohnen zur Arbeit. „Ich fühle mich hier besser als in der Werkstatt“, sagt er. „Die Kollegen sind sehr nett. Die nehmen mich so, wie ich bin.“ Und für ihn steht fest: „Ich will hier nicht weg.“

Unentbehrlich

Diana Scholtz und Christiane Noack sind im Service-Bereich unterwegs. Fünf Etagen, mehrere Küchen: Geschirrspüler ausräumen, Kühlschränke reinigen, Kaffeemaschinen säubern, Milch und Kaffee auffüllen – ihre Aufgaben sind klar verteilt.

Diana, 44 Jahre alt, ist seit September 2025 auf dem Campus. Es ist bereits ihr zweiter ausgelagerter Arbeitsplatz. Zuvor arbeitete sie elf Jahre in einer Kita. „Mir geht es hier großartig“, sagt sie. „Alle sind nett und fragen, ob alles okay ist.“ Sie fühle sich aufgenommen wie in einer Familie. „Ich freue mich, dass ich mich hier weiterentwickeln kann.“

Christiane, 49, kennt die Lebenshilfe schon lange. Fast zehn Jahre arbeitete sie im Service in der alten Geschäftsstelle in der Heinrich-Heine-Straße. Diana kennt sie noch aus der Schneiderei in der Werkstatt. Ihre Job Coachin kommt regelmäßig, doch Christiane sagt selbstbewusst: „Ich komme auch so klar.“

Beide sind wichtige Stützen im Alltag des Campus. Sven-Ole Knuth, Leiter der Unternehmenskommunikation und derzeit auch im Campus-Management, sagt: „Die machen das ganz toll!“

Diana engagiert sich zudem politisch. Sie war Frauenbeauftragte und arbeitet in der Gruppe „Starke Frauen“ der Lebenshilfe Berlin mit. Für sie ist klar: „Im Moment möchte ich nicht in den ersten Arbeitsmarkt.“ Auch das gehört zur Inklusion – eigene Entscheidungen zu treffen.

„Hier ist es perfekt.“

Jo-Anna Sommer ist bereits im ersten Arbeitsmarkt angekommen. Die 24-Jährige ist hochgradig hörbehindert. Sie besuchte die Wilhelm-von-Türk-Schule in Potsdam mit dem Förderschwerpunkt Hören und Sprache und absolvierte eine Ausbildung zur Fachpraktikerin.

Ein Jahr arbeitete sie in einer Küche – bis die ständigen Umgebungsgeräusche zur Belastung wurden. Über ein Praktikum in der Beratungsstelle der Lebenshilfe erhielt sie schließlich das Angebot, als Aushilfe am Empfang zu arbeiten. Heute begrüßt sie Besucher:innen auf dem Campus und leitet sie weiter.

„Hier ist es perfekt“, sagt sie strahlend. „Alle wollen, dass ich bleibe. Die Kollegen sind die besten.“

Telefonieren ist für sie nicht einfach. Ein spezielles Sprachgerät wurde erwogen – doch Jo-Anna fand ihre eigene Lösung. Sie schaltet eingehende Gespräche auf



laut, um besser hören zu können. Am Tresen hängt ein Schild, das Besucher:innen bittet, langsam und deutlich zu sprechen. Zurzeit wird Jo-Annas Arbeitsvertrag im ersten Arbeitsmarkt vorbereitet, die Stelle ist im Stellenplan vorgesehen.

Elena Rebholz, Leiterin Immobilienmanagement und Organisation, sagt: „Wir schätzen sie alle sehr.“ Und über Eugen: „Er hat so viele Ideen und Fähigkeiten.“

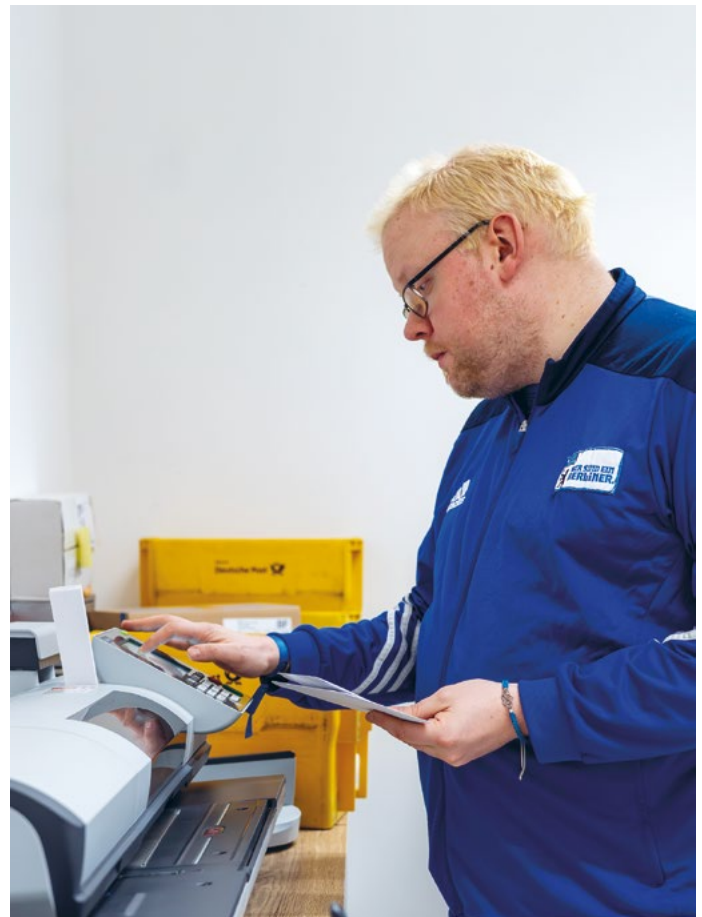
Unterschiedliche Wege – ein gemeinsames Ziel

Auf dem Campus gibt es derzeit drei betriebsintegrierte Arbeitsplätze der nbw gGmbH: einen in der Poststelle, zwei im Service. Hinzu kommen fest angestellte Mitarbeitende mit Beeinträchtigung in der Unternehmenskommunikation, in der Peer-Beratung von „Wir-gegen-Gewalt“ und im Büro für Selbstvertretung des Landesverbandes mit Arbeitsverträgen im 1.

Arbeitsmarkt. Die Reinigung des Campus wird von Mitarbeitenden der Inklusionsfirma nobis durchgeführt. NbW und nobis gehören zum Verbund der Lebenshilfe Berlin.

Diese Modelle zeigen: Inklusion hat viele Formen. Betriebsintegrierte Arbeitsplätze schaffen Lern- und Erfahrungsräume. Sie bereiten auf reguläre Beschäftigung vor – mit der Sicherheit, in die Werkstatt zurückkehren zu können. Für Eugen ist diese Rückkehrmöglichkeit wichtig. „Das beruhigt mich“, sagt er.

Elena Rebholz begleitet den Prozess von Anfang an. „Wir müssen Arbeiten identifizieren, die von Menschen mit Beeinträchtigungen übernommen werden können“, sagt sie. Unterstützende Tätigkeiten mit echtem Mehrwert für das Unternehmen. Es brauche klare Aufgabengebiete, passende Hilfsmittel und verlässliche betriebliche Anleiter:innen. „Ohne geht es nicht.“



Auch intern bedeutet das Veränderung: Eingruppierungen, Stellenausschreibungen, Fortbildungen – vieles muss neu gedacht werden. „Wir betreten in vielen Bereichen Neuland“, sagt Sven-Ole Knuth. „Es ist ein Lernprozess für alle.“

Weitere inklusive Arbeitsplätze sind geplant. Dafür müssen zuerst der Campus fertiggestellt und Strukturen geschaffen werden. Das Ziel ist klar: „Wir wollen mehr inklusive Arbeitsplätze schaffen.“

Schritt für Schritt

Die Einarbeitung von Eugen und Jo-Anna war intensiv. „Wir sind jetzt an dem Punkt, wo wir hinwollten“, sagen Mandy und Eva. Gleichzeitig kommen täglich neue Aufgaben hinzu. Inklusion bedeutet auch: Zeit investieren, Prozesse anpassen, Geduld haben. Und in erster Linie: Die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen.

Heute ist Eugens Job Coachin zu Besuch. Ein- bis zweimal im Monat kommt sie vorbei. Ihre Aufgabe ist es, Eugens Fähigkeiten und Bedarfe mit den Anforderungen der Poststelle in Einklang zu bringen. Das Modell nennt sich Job Crafting: Tätigkeiten werden so zugeschnitten, dass sie zur Person passen – und zugleich zur Organisation.

Der Bereich Post sei sehr komplex und anspruchsvoll, erklärt sie. Gemeinsam mit Mandy und Eva entwickelte

sie das Farbsystem auf dem Schreibtisch. Anfangs begleitete sie Eugen engmaschig, heute arbeitet er selbstständiger. „Mein Job ist auch zu gucken, ob die Belastungen passen“, sagt sie.

Eugen hört aufmerksam zu. Zurück in die Werkstatt will er nicht. Aber er braucht Zeit für seine Entscheidung, ob er in den 1. Arbeitsmarkt möchte. Die Job Coachin erklärt, dass für viele die nbw ein Sicherheitsnetz sei, auch in sozialer Hinsicht. „Ich wünsche mir, dass es hier so weitergeht“, sagt Eugen. „Ich mache gute Fortschritte.“

Die Lebenshilfe Berlin steht noch am Anfang auf dem Weg zum inklusiven Arbeitgeber. Doch der Weg ist eingeschlagen. Es ist ein intensiver Lernprozess, eine spannende Reise – für Mitarbeitende mit und ohne Beeinträchtigung. Schritt für Schritt entsteht eine Arbeitswelt, in der alle bleiben wollen.

Text: Christiane Müller-Zurek / Fotos: Dennis Lenz

Im Campus gibt es neue Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen



Eugen Kandulski arbeitet seit September 2025 in der Post-stelle. Er macht Eingangs-stempel auf die Briefe und sortiert sie in die vielen Post-fächer. Er bedient auch die Frankier-maschine und verteilt Pakete im Haus.



Diana Scholtz und Christiane Noack arbeiten im Service. Sie kümmern sich um alle Küchen im Haus. Sie füllen Kaffee und Milch auf. Sie räumen die Geschirr-spüler aus. Sie machen die Schränke sauber. Und sie reinigen die Kaffee-maschinen. Christiane hat schon in der alten Geschäfts-stelle im Service gearbeitet.



Alle drei haben einen ausgelagerten Arbeitsplatz aus der nbw. nbw steht für: **Nord**berliner **W**erkgemeinschaft. Die nbw ist eine Werkstatt. Für Diana ist es schon der 2. ausgelagerte Arbeits-platz. Vorher war sie 11 Jahre in einer Kita. Ein Job-coach von der nbw unterstützt alle drei, damit sie ihre Arbeit gut machen können. Eugen, Diana und Christiane überlegen noch, ob sie in den 1. Arbeits-markt wechseln möchten.



Jo-Anna Sommer ist schon im 1. Arbeits-markt. Sie arbeitet am Empfang. Sie empfängt alle Besucher:innen und nimmt Telefonate entgegen. Jo-Anna ist schwer-hörig und hat eine Ausbildung zur Fachpraktikerin gemacht.



Die vier sind begeistert und fühlen sich wohl in der Lebenshilfe. Und sie möchten sich gern weiter-entwickeln.

Text: Christiane Müller-Zurek / Fotos: Dennis Lenz

Unsere Tipps für Sie



Inklusive Teams im toom Baumarkt

toom Baumarkt ist schon lange Partner der Lebenshilfe. Die neue gemeinsame Broschüre stellt die Arbeit von inklusiven Teams vor.

Das 16-seitige Heft bietet außerdem Informationen über Beschäftigungsmodelle und Fördermöglichkeiten für Unternehmen, die ebenfalls Menschen mit Unterstützungsbedarf einstellen möchten.



Fachpraktiker: weniger Theorie mehr Praxis

Eine Fachpraktiker-Ausbildung bietet einen anerkannten Berufsabschluss für Menschen mit Behinderungen. In der Ausbildung wird der praktische Inhalt stärker gewichtet und der theoretische Anteil reduziert.

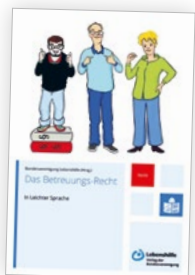
Einen ersten Überblick gibt ein Faltblatt. Die IHK Berlin ermöglicht Fachpraktiker-Ausbildungen in zurzeit 17 Berufen.



Komplexe Behinderung

Der bvkm-Band aus der Reihe „Leben pur“ zeigt, wie man Menschen mit komplexer Behinderung unterstützen kann, eine passende Arbeit, eine angemessene und sinnvolle Beschäftigung oder Bildungsangebote zu finden. Er stellt Forschungsergebnisse und Praxisbeispiele dar.

Verlag Selbstbestimmtes Leben · 14,90 €



Betreuungs-Recht in Leichter Sprache

Menschen mit Unterstützungsbedarf erfahren, welche Rechte sie haben und wie sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen können. Das Buch ist außerdem eine gute Hilfe für Angehörige und Fachkräfte, verständlich und in Leichter Sprache über Betreuungsthemen zu sprechen.

Lebenshilfe Verlag · ISBN 978-3-88617-590-1
Schutzgebühr 3 € inkl. Versandkosten



Steuererklärung leicht gemacht

Das jährlich aktualisierte Steuermerkblatt des bvkm gibt Steuertipps für Familien mit behinderten Kindern und folgt Punkt für Punkt dem Aufbau der Formulare für die Einkommensteuererklärung 2025. Der Ratgeber geht auch auf die Erhöhung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2026 ein.

Kostenlos zum Download!



Foto Fachpraktiker
Lebenshilfe/
David Maurer

Illustration
AlexHliv – Shutterstock
und c'ursprung

„Wir haben uns auf den Weg gemacht.“

Manuela Hönig-Burger leitet den Geschäftsbereich Arbeit der Lebenshilfe gGmbH sowie die Nordberliner Werkgemeinschaft und nobis. Für den EMIL beschreibt sie den Weg der Lebenshilfe Berlin zum inklusiven Arbeitgeber:



Die Entwicklung des inklusiven Campus und der Aufbau inklusiver Beschäftigung sind strategische Ziele für die Lebenshilfe Berlin. Im Unternehmen entsteht ein Lernfeld, in dem Mitarbeitende für Inklusion sensibilisiert werden. Dazu gehören Informationsangebote, inklusive Workshops, praktische Lernerfahrungen für die Verwaltung sowie ein Umdenken bei Arbeitsabläufen, um Arbeitsfelder an die Fähigkeiten von Menschen mit kognitiven oder Sinnesbeeinträchtigungen anzupassen. Praktika sind eine sinnvolle Ergänzung, wenn sie nicht als Belastung, sondern als Lernchance für alle Beteiligten gesehen und durch Job Coaches unterstützt werden. Ein wichtiger Schritt ist zu erleben, wie ein gutes Miteinander gelingt, ohne Arbeitsabläufe unnötig zu erschweren. Wir brauchen einen Kulturwandel und die Erkenntnis, dass nicht alles perfekt sein muss, sondern die positive menschliche Erfahrung und die gemeinsame Entwicklung im Vordergrund stehen.

Mitten im Anpassungsprozess

Mit Unterstützung von Inclusive Design wird der Campus weiterentwickelt, um Anforderungsprofile, Tätigkeitsabläufe und Unterstützungsleistungen zu optimieren. Barrierefreiheit wurde bereits in vielen Bereichen verbessert, doch die konkrete Gestaltung der Arbeitsplätze ist individuell, weil jede Person mit Unterstützungsbedarf unterschiedliche Voraussetzungen mitbringt. Die Lebenshilfe befindet sich in einer Phase der Weiterentwicklung. Viele Fragen werden derzeit noch geklärt, zum Beispiel der Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt, die Einbindung in den Stellenplan und Mitbestimmungsprozesse mit dem Betriebsrat.

Job Coaches als Schlüssel

Mitarbeitende mit Unterstützungsbedarf sollen in die bestehenden Teamstrukturen integriert werden. Wie das konkret funktioniert, hängt vom jeweiligen Tätigkeitsfeld ab. Zentrale Akteure für eine erfolgreiche inklusive Beschäftigung sind Job Coaches: Als Brückenbauer unterstützen sie die Mitarbeitenden mit und ohne Beeinträchtigung. Ursprünglich gedacht sind Job Coaches als stundenweise Begleitung, während die operative Anleitung bei den Anleitenden der Betriebe selbst liegt. Für die Lebenshilfe Berlin mit ihren vielfältigen Verwaltungstätigkeiten denken wir die Rolle der Job Coaches deutlich breiter – als sozialpädagogische Begleiter mit hoher Methoden- und Vermittlungskompetenz, als Schlüssel zur nachhaltigen Umsetzung inklusiver Beschäftigung im Unternehmensverbund.

Die Rolle von NBW und nobis

Wenn die Brückenarbeit und die konsequente Orientierung am einzelnen Menschen gut gelingt, kann jeder Bereich ein Ort inklusiver Beschäftigung sein. Im Verbund übernehmen NBW und nobis dabei eine zentrale Rolle, mit ihrer Expertise eröffnen sie unterschiedliche Wege. Als Werkstatt mit Berufsbildungsbereich bereitet die NBW den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt und entwickelt neue Ansätze für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Die Inklusionsfirma nobis ist bereits auf dem ersten Arbeitsmarkt in den Bereichen Reinigung, Lebensmittelhandel und Gastronomie tätig.

Auch die Politik ist gefragt

Unser Zeithorizont beträgt etwa fünf Jahre. Die Lebenshilfe Berlin braucht eine gemeinsame Vision, in der zentrale Entwicklungsfelder und Umsetzungsszenarien für alle Unternehmen im Verbund verbindliche Ziele sind. Veränderungen braucht es jedoch auch in Politik und Verwaltung: Es reicht nicht, den inklusiven Arbeitsmarkt zu wollen, vielmehr müssen passende Strukturen mit finanziellen Anreizen geschaffen werden. Dazu gehören Schulungen und Fortbildungen für Mitarbeitende, eine ausreichende Begleitung der Menschen in den Betrieben sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, die Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen. Gefordert sind Konzepte mit individuellen, passgenauen Settings für Menschen mit körperlichen, psychischen oder kognitiven Beeinträchtigungen.

Foto: privat

Nicht nur ein Job: Arbeit als Schlüssel zur Teilhabe

Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen arbeiten immer noch überwiegend in Werkstätten. Warum ist das so? Und welche Alternativen gibt es? Wencke Pohle, Referentin für Sozialpolitik, informiert.

Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Lebens. Neben gesellschaftlicher Teilhabe, Wertschätzung und Struktur dient sie den meisten schlicht dazu, den Lebensunterhalt finanzieren zu können – oder sich auch mal etwas leisten zu können.

Für Menschen, die als voll erwerbsgemindert gelten, ist dies häufig anders. Trotz bestehendem Anspruch auf Teilhabe am Arbeitsleben bleibt ihnen der sog. allgemeine Arbeitsmarkt oft verschlossen. Meist bleibt lediglich die Möglichkeit, in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfBM) zu arbeiten. Diese haben zwar den gesetzlichen Auftrag, Menschen für den Arbeitsmarkt fit zu machen, ein Wechsel aus der Werkstatt gelang jedoch weniger als 1 % der Beschäftigten. Nicht nur dafür stehen Werkstätten in der Kritik, auch die Entlohnung der Werkstatt-Mitarbeitenden ist Gegenstand der Diskussion. Dabei ist wichtig: Werkstätten sind nicht allein für die fehlenden Übergänge verantwortlich. Diese sind in Teilen auch systemisch bedingt. Werkstätten können ihren Rehabilitationsauftrag angesichts der Finanzierung ihrer Arbeit häufig nicht erfüllen. Gleichzeitig zeigen sie in der Praxis oft zu wenig Veränderungswillen. Das ist kritisch, da sie besser beraten wären, aktiv an notwendigen Veränderungen mitzuwirken, statt lediglich systemerhaltend zu argumentieren.

Politisch wird seit langem eine Lösung versprochen. Bund und Länder schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Auch in Berlin ist der Reformwille gering. Selbst landeseigene Unternehmen erfüllen die gesetzlichen Quoten zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zum Teil nicht. Der Mut für wirkliche Veränderungen fehlt. Gern wird in der Diskussion auf die vielfältigen Alternativen zur WfBM verwiesen. Die Liste ist lang: Beschäftigung in Inklusionsunternehmen, Lohnzuschüsse und Unterstützungsleistungen im Rahmen des Budgets für Arbeit und Ausbildung sowie Fachpraktiker-Ausbildungen. Diese setzen stärker auf Praxis mit reduzierter Theorie und dienen als Einstieg in den Arbeitsmarkt oder als Vorstufe zu einer regulären Ausbildung.

Zusätzlich bestehen zahlreiche Fördermöglichkeiten für Arbeitgebende – so zur barrierefreien Ausstattung von Arbeitsplätzen, zur Finanzierung von Hilfsmitteln. Für die Beratung wurden die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) geschaffen. Diese bieten

Information, individuelle Beratung und Unterstützung bei Antragsverfahren für Arbeitgebende an.

Kritisch ist anzumerken, dass die gesetzlichen Instrumente eine so große Palette umfassen und doch keinen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Situation bieten. Auch Schulen, insbesondere Förderschulen, oder die Reha-Abteilungen der Arbeitsämter verweisen gerade Schüler:innen mit Lern- oder geistigen Behinderungen weiterhin regelhaft an Werkstätten.

Für Menschen mit Behinderungen halten die Handwerkskammer sowie die Industrie- und Handelskammer Beratungsmöglichkeiten zu Ausbildungswegen und -möglichkeiten vor. Zusätzlich kündigte der Senat die Prüfung einer unabhängigen Beratungsstelle für voll erwerbsgeminderte Menschen an. Die zuständige Senatsverwaltung lehnte dies mit dem Verweis auf bestehende Instrumente und den Vermittlungsauftrag der Werkstätten ab. Für weitere Veränderungen wurde auf den Bund verwiesen. Dies hilft aktuell nicht weiter.

Sie möchten sich weiter zum Thema informieren?

Nützliche Links zu Alternativen zu Werkstätten und weiteren Informationen:

bis e.V.



BAG Inklusionsämter



**Landesarbeitsgemeinschaft
Berliner inklusionsunternehmen**



Industrie- und Handelskammer



Handwerkskammer



Inklusiver Katastrophenschutz

Stromausfälle sind mehr als ein technisches Problem: Katastrophenschutz braucht krisenfeste Strukturen sowie barrierefreie und verständliche Warnungen, damit alle Menschen sicher sind.

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate fiel in Teilen Berlins der Strom aus. Für Betroffene bedeutete dies den Ausfall von Licht, Telefon, Internet und digitalen Systemen – im Winter zudem auch von Heizungen. Für Menschen mit Behinderungen oder pflegerischem Versorgungsbedarf kommen weitere Einschränkungen hinzu. In einem Fall konnte ein beatmungspflichtiger Mensch erst in letzter Minute wieder mit Strom versorgt werden. Technische Hilfsmittel wie Elektro-Rollstühle oder Talker zur Kommunikation funktionieren ohne Strom nicht – sind jedoch für Betroffene zur Mobilität und Kommunikation unverzichtbar.

Während Kliniken meist über Notstromaggregate verfügen, zeigte sich in vielen Pflegeheimen, dass der Stromausfall die Versorgung der Bewohnenden massiv beeinträchtigte. Einige Einrichtungen mussten komplett geräumt werden. Für Einrichtungen der Eingliederungshilfe hätte die Lage ähnlich kritisch sein können. Insgesamt sind Stromausfälle für soziale Einrichtungen weit mehr als ein technisches Problem und können in Rund-um-die-Uhr-Betreuungen schnell kritisch werden.

Die europäische NIS-2-Richtlinie ist auch deutschlandweit zu beachten. Danach sind wichtige Einrichtungen der kritischen Infrastruktur zu Schutzmaßnahmen gegen Katastrophenlagen, Strom- oder IT-Ausfälle und Cyberangriffe verpflichtet. Zunächst erfasst die Richtlinie vor allem medizinische und pflegerische Einrichtungen. Einrichtungen der Eingliederungshilfe, wie Wohnstätten, fallen meist nicht darunter. Nicht nur größere Katastrophen wie die Flut im Ahrtal zeigen jedoch, auch hier die Notwendigkeit, Strukturen verlässlich und krisenfest zu gestalten.

Unabhängig von Einrichtungen muss der Katastrophenschutz alle Menschen gleichermaßen mitdenken – bislang ist das nicht der Fall. Informationen und Warnungen werden überwiegend kompliziert und wenig verständlich verbreitet. Für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung kann das Unsicherheit und Orientierungslosigkeit bedeuten.

Der Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des Bundesamtes für Katastrophenschutz, derzeit von einigen Bezirken verbreitet, bietet nützliche Hinweise und eine Checkliste. Eine Version in Leichter Sprache wird erneut erst im Nachgang erstellt. Auch die Warn-App NINA warnte während des letzten Stromausfalls, liefert aber kaum weitere Hinweise. Unter der Rubrik



„Themen“ bietet sie Notfalltipps für Menschen mit Beeinträchtigungen – etwa an Hilfsmittel wie Brille oder Hörgeräte, Ersatzbatterien oder ausreichend Tiernahrung für Assistenzhunde zu denken. Spezielle Bedarfe und Hinweise für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung wurden nicht berücksichtigt. Viele Hinweise setzen hohes Textverständnis voraus. Auch wäre es für einige Menschen wichtig, entsprechende Szenarien im Vorfeld zu üben. Dies geschieht nicht flächendeckend und wird weder bei Bescheiden für Eingliederungshilfeleistungen erfasst, noch bei der Betreuung ausreichend mitgedacht.

Im Nachgang zum Stromausfall Anfang 2026 hat der Senat ein Maßnahmenpaket verabschiedet. Wichtig wäre, Menschen mit Behinderungen mitzudenken und bei der Erarbeitung solcher Pläne miteinzubeziehen. Alle Menschen haben ein Recht auf verständliche Informationen zur selben Zeit! Leichte Sprache, barrierefreie Warnsysteme und inklusive Krisenvorsorge sind kein bloßes Extra im Nachgang.

Text: Wencke Pohle /
Foto: iStock/Alexander Shegelov

Herzlich willkommen Nadine Ehrentraut!



Seit dem 16. Februar ist Nadine Ehrentraut Leiterin der Verbandskommunikation. Sie tritt die Nachfolge von Christiane Müller-Zurek an, die in den Ruhestand geht. Die ausgebildete Journalistin ist Mutter einer Tochter mit Down-Syndrom und bringt auch persönliche Perspektiven in ihre Arbeit ein.

Ein guter Arbeitstag beginnt mit
einem Milchkaffee.

Die erste Zeit wird

geprägt sein von vielen Gesprächen und einer intensiven Einarbeitung durch Christiane Müller-Zurek. Ich möchte verstehen, wie die Verbandskommunikation aufgestellt ist, was sie aktuell bewegt und daraus Ideen und Strategien für die Zukunft entwickeln. Erst zuhören, dann loslegen. Das ist der Plan.

Meine Aufgaben sind

die Steuerung der Verbandskommunikation. Ich unterstütze dabei, dass unsere Botschaften intern und extern die Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdient haben.

Ich bin dafür die Richtige, weil

ich als ausgebildete Journalistin und langjährige PR-Managerin das fachliche Handwerkszeug mitbringe. Und als Mutter einer Tochter mit Down-Syndrom habe ich mein Herzensthema – die Inklusion in allen Lebensbereichen – gleich mit im Gepäck.

Inklusion bedeutet

ein Miteinander, das so selbstverständlich ist, dass man gar nicht groß darüber reden müsste. Teilhabe für alle, ohne Hürden, ohne Hintergedanken.

Leichte Sprache

ist wie ein gut aufgeräumter Schreibtisch: Plötzlich findet jede:r, was gesucht wird. Und manchmal denkt man sich: Warum nicht gleich so?

Am besten entspanne ich mich

beim Sport. Da kann ich abschalten und den Kopf freibekommen.

Ein perfektes Wochenende

beginne ich ausgeschlafen. Gerne auf Usedom. Mit meinem Mann, unseren beiden Kindern und am besten Sonne satt.

An der Lebenshilfe gefällt mir

die Offenheit, die ich von Anfang an gespürt habe. Und dass die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung nicht nur eine Floskel ist, sondern wirklich gelebt wird.

Foto: Anna Spindelndreier



Kontaktdaten:

nadine.ehrentraut@lebenshilfe-berlin.de
0151 40 63 41 06

Berlin-Wahl 2026

Im September wählen die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus. In unserer neuen Rubrik *Wahlen* zieht Wencke Pohle, Referentin für Sozialpolitik, Bilanz aus Sicht der Menschen mit Behinderungen.

Zeitlich verkürzt durch Wiederholungswahlen, endet im September eine ungewöhnliche Legislaturperiode mit einer neuer Zusammensetzung der Abgeordneten und des Senats. Trotzdem versprach der neue Senat viel: Fortschritte bei Teilhabe, Barrierefreiheit, Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen. Was wurde umgesetzt?

Bereits Koalitionsvertrag und Richtlinien der Regierungspolitik blieben vage und waren geprägt von Prüfungsaufträgen und „guten“ Absichten. Zwar wurde der Anspruch von Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen erhoben, tatsächlich stehen wenigen positiven Ansätzen erhebliche Defizite, zum Teil sogar drohende Rückschritte entgegen.

Getreu dem Motto „Nichts über uns, ohne uns“ sollten Menschen mit Behinderungen verbindlicher bei allen Senatsverwaltungen beteiligt werden. Die dazu bereits 2021 gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsgemeinschaften für Menschen mit Behinderungen sind inzwischen eingerichtet, arbeiten jedoch höchst unterschiedlich. Über eine bloße Alibi-Beteiligung bei einigen Maßnahmen gehen nur wenige hinaus. Eine Beteiligung von Organisationen der Menschen mit Behinderungen, wie im Landesgleichberechtigungsgesetz vorgesehen, wird in der Praxis kaum beachtet. Positiv ist die Neubesetzung des Landesbehindertenbeirats. Insgesamt ist jedoch auch hier die politische Einflussnahme begrenzt.

Im Kita und Schulbereich zeigen sich kaum Fortschritte, teils sogar Rückschritte. Der angekündigte Förderstatus B+ für Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf in Kitas wurde nicht eingeführt. Eine Stärkung der gesundheitlichen Versorgung in Schulen durch Schulgesundheitskräfte fiel nach einer Modellphase den Haushaltskürzungen zum Opfer. Eines der größten Probleme, die Nicht- und verkürzt beschulten Schülerinnen und Schüler, betrifft nach einer Erhebung der Bildungsverwaltung den Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ sowie die Diagnose Autismus-Spektrum am häufigsten. Lösungsideen fehlen bislang. Ein Versuch, der Bau neuer Förderzentren löst nicht das Problem und hat langfristige Folgen für die notwendige Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem.

Ähnlich ist es im Bereich Ausbildung und Arbeit. Es fehlen konkrete Zahlen und bei der angekündigten Weiterentwicklung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen verweist man nur auf den Bundesgesetzgeber.

Im Bereich Kultur und Sport sollen bei Förderungen Barrierefreiheit und Inklusion berücksichtigt werden. Ein Beispiel ist der Neubau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks zu einem inklusiven Sportstadion. Insgesamt ist auch hier bislang keine flächendeckende Wirkung erkennbar.

Die Gesundheitsversorgung sollte durch barrierefreie Kliniken und Arztpraxen verbessert werden. Konzepte existieren nur im Ansatz, und die Verantwortung wird in vielen Bereichen auf die Kassenärztliche Vereinigung verschoben. Weiteres Problem: eine sehr unterschiedliche Definition von Barrierefreiheit und der mangelnde Einbezug von Menschen mit Behinderungen.

Im Bereich Mobilität wird das Mobilitätsgesetz Berlin nicht ausreichend umgesetzt. Mit dem Wegfall des Muva droht der Barrierefreiheit wieder die Reduzierung auf einen reinen Aufzugersatz. Das Folgekonzept „Barrierefrei Alternative Beförderung“ (BAV) greift zu kurz und ist gerade für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ein erheblicher Rückschritt.

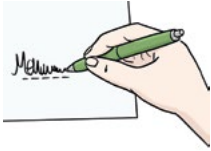
Defizite bestehen auch beim Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen. Angekündigte Verbesserungen, etwa im Wohnteilhabegesetz wurden nicht umgesetzt. Auch der Bericht zur Lebenssituation sowie zu sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen mit Behinderungen ist nicht abgeschlossen.

Fazit: Weiterhin fehlen tatsächliche Fortschritte für Menschen mit Behinderungen zu einer inklusiven Stadtgesellschaft, die der wirklichen Teilhabe für allen Menschen gerecht wird. Die kommende Wahlperiode bietet erneut die Chance, Lücken zu schließen. Bis zur Wahl werden wir im EMIL über die Vorhaben der demokratischen Parteien berichten.

Illustration
Hans-Joachim Schulze



Termine und Veranstaltungen



19.03.2026 | 19 – 21 Uhr | digital

Behindertentestament

Infoabend der Eltern- und Familienberatung
mit der Rechtsanwältin Jana Jeschke

Anmeldung: anmeldung.efb@lebenshilfe-berlin.de



21.03.2026 | 14 – 17 Uhr

Welt-Down-Syndrom-Tag

Familienfest „Gemeinsam stark“

Campus Lebenshilfe Berlin · 5. OG
Böttgerstr. 21 · 13357 Berlin



25.03.2026 | 16 – 18 Uhr

Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung

sowie Umgang mit Missbrauch von Vollmachten
Betreuungsverein · online per Zoom

Anmeldung: beratung.betreuungsverein@lebenshilfe-berlin.de



15.04.2026 | 16 – 18 Uhr

Betreuungsrecht für Einsteiger

Betreuungsverein

Online per Zoom

Anmeldung: beratung.betreuungsverein@lebenshilfe-berlin.de



23.04.2026 | 18 – 21 Uhr

Mein Kind kommt in die Schule

Infoabend der Eltern- und Familienberatung
Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Anmeldung: anmeldung.efb@lebenshilfe-berlin.de



05.05.2026

Demo Protesttag

Menschenrechte sind nicht verhandelbar!
Start am Brandenburger Tor um 15.30 Uhr
Kundgebung am Roten Rathaus



09.05.2026 | 11 – 17 Uhr

Geschwistertag: Ausflug in den Wald

Waldschule Spandau

Niederneuendorfer Allee 81 · 13587 Berlin

Anmeldung: anmeldung.efb@lebenshilfe-berlin.de

Impressum

Emil –
Einfach miteinander leben

Herausgeber

Lebenshilfe Berlin e.V.
Böttgerstraße 21
13557 Berlin
030 82 99 98 18 05

Redaktion

Daniel Fischer (verantw.)
Wencke Pohle
Christiane Müller-Zurek

Titelfoto

Dennis Lenz

Leserpost an

emil@lebenshilfe-berlin.de

Layout

c'ursprung |
design.digital media

Herstellung

Oktoberdruck GmbH

Bilder auf dieser Seite

Lebenshilfe Bremen

Illustration

Christoph Kadur – Shutterstock

Besuch der Gedenkstätte in Brandenburg an der Havel



Im Juli war ich mit anderen Selbstvertreter:innen in Brandenburg an der Havel. Wir haben die Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde besucht. Wir haben dort andere Selbstvertreter:innen getroffen. Sie haben uns eine Führung gegeben. Der Austausch mit ihnen hat Spaß gemacht – aber das Thema war sehr ernst und traurig.

In Brandenburg war die erste Tötungsanstalt der Nazis. Sie war Teil der Aktion T4. T4 war ein geheimer Mordplan der Nazis. Sie wollten Menschen mit Beeinträchtigungen töten. Auch Kinder und Jugendliche wurden Opfer. Die Menschen wurden mit dunklen Bussen gebracht. Die Fenster waren schwarz, damit niemand sah, wohin sie fuhren.

Die Menschen dachten, sie bekommen Hilfe. Aber das war eine Lüge. Sie mussten sich ausziehen. Es wurde geprüft, ob sie Goldzähne hatten. Dann wurden sie in eine Halle geführt – angeblich zum Duschen. Doch es war eine Gaskammer. Danach wurden die Leichen verbrannt. Die Nazis entnahmen sogar die Gehirne zur Forschung. Das ist grausam.

Ich war tief erschüttert. So etwas darf nie wieder passieren! Wir Menschen mit Beeinträchtigung haben das Recht auf Leben – frei, sichtbar und ohne Angst. Am 28. Januar war eine Gedenkstunde am Mahnmahl in der Tiergartenstraße 4.

Text: Saschas Ubrig /
Fotos: Dennis Lenz + Peer Brocke



Lebenshilfe Berlin e.V.

Spendenkonto: Sozialbank

IBAN: DE58 3702 0500 0003 1122 06

Bleiben Sie mit uns in Verbindung!
Besuchen Sie uns in den sozialen
Medien.



20 Jahre Welt-Down-Syndrom-Tag



Gemeinsam stark
Wir feiern das Leben



Campus Lebenshilfe Berlin ♡ 5. OG ♡ Böttgerstr. 21 ♡ 13357 Berlin